

## Termine

Das Treffen der Plattform "Für eine Welt ohne Rassismus" findet **jeden Dienstag um 17:00 Uhr** in der BG Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien (U2 Schottentor) statt. Dort werden auch die Aktionen der Kampagne "Wo ist Marcus Omofuma?" koordiniert.

Für die **wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen** ist Treffpunkt immer ab **19:00 Uhr am Ballhausplatz** in Wien. Weggegangen wird meist um ca. 20:00. Auf der Donnerstagsdemo am 28.2. werden speziell der Prozess gegen die drei Fremdenpolizisten und die rassistische Abschottungspolitik thematisiert.

### Montag, 25. Februar 2002

11:00 - 14:00 Mahnwache vor dem Innenministerium in der Herrngasse 7, 1010 Wien.

### Dienstag, 19. März 2002

Diskussionsveranstaltung im Forum Stadtpark, Graz: Wo ist Marcus Omofuma? – im Rahmen des Projektes noborder-Zone



### Montag, 4. März 2002

#### Kundgebung zum Prozessauftritt

Anreise von Wien – Treffpunkt: Bhf Floridsdorf, 8:00 Uhr (Zug S3 fährt um 8:10 Uhr, ansonsten jede halbe Stunde)  
\* **8:30 - 12:00 Uhr** – Kundgebung und Theateraktionen vor dem Landes-Gericht Korneuburg, Hauptplatz 1  
\* **15:00 - 19:00 Uhr, Workshops** Wem nützt Rassismus (mit VertreterInnen des nigerianischen Vereins) und Empowerment. Arbeit gegen Rassismus (mit VertreterInnen von Für eine Welt ohne Rassismus) im Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien  
\* **20:00 Uhr, Filme und Podiumsdiskussion** im Cafe Sieben\*, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

### Freitag, 15. März 2002 Internationaler Protesttag gegen Polizeibrutalität

Dieser Polizeibrutalität anprangernde Tag ermöglicht die Gründung und Verstärkung der Verbindungen zwischen den Gruppen, die weltweit direkt und indirekt gegen staatliche Brutalität kämpfen. Er schafft internationale Solidarität, die angesichts der weltweit kollaborierenden und äußerst gut organisierten Polizei unbedingt notwendig ist. Der internationale Protesttag gegen Polizeibrutalität findet heuer bereits zum 6. Mal statt. [www.tao.ca/~cobp](http://www.tao.ca/~cobp)

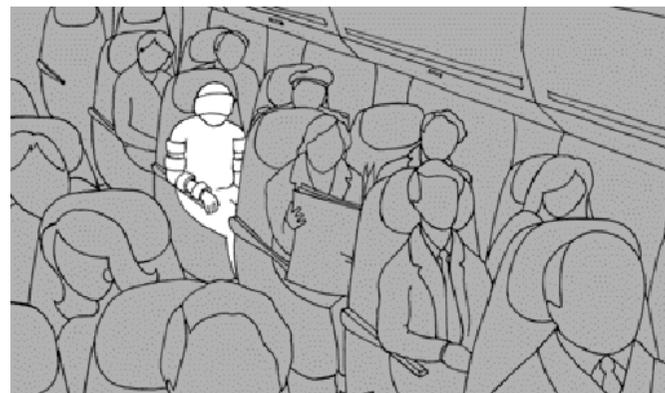
#### Weitere Informationen und Kontakt:

Für eine Welt ohne Rassismus  
c/o Schottengasse 3a/1/59  
A - 1010 Wien

email: [fewor@no-racism.net](mailto:fewor@no-racism.net)  
[www.no-racism.net/racismkills](http://www.no-racism.net/racismkills)

#### Spenden:

PSK Kto. 717 24 188  
BLZ 60.000



## WO IST MARCUS OMOFUMA?

Fast drei Jahre nach dem Tod von Marcus Omofuma findet ab 4. März 2002 am Landesgericht Korneuburg bei Wien der Prozess gegen drei Fremdenpolizisten statt. Die Beamten hatten Marcus Omofuma am 1. Mai 1999 im Zuge einer Abschiebung nach Nigeria mit Klebeband an den Sessel des Flugzeuges gebunden und den Mund verklebt. Er erstickte im Gewahrsam der Polizei.

Marcus Omofuma ist kein Einzelfall!

# Rassismus tötet!

**Fast drei Jahre nach dem Tod von Marcus Omofuma findet ab 4. März 2002 vor dem Landesgericht Korneuburg bei Wien der Prozess gegen drei Fremdenpolizisten statt. Die Anklage gegen die drei Fremdenpolizisten lautet auf "Quälen eines Gefangenen mit Todesfolge". Der Strafraum reicht von einem bis zu zehn Jahren Haft. Verhandelt werden soll am 4., 6., 7., 11., 13. und 14. März, sowie am 10., 11. und 15. April. Der Prozess gegen die drei Fremdenpolizisten wird beobachtet. Aktuelle Berichte von den einzelnen Prozesstagen wird es auf deutsch und englisch unter [www.no-racism.net](http://www.no-racism.net) und auf Radio Orange 94.0 MHz in Wien geben.**

## Die Vorgeschichte



Marcus Omofuma, 1973 - 1999

Am Samstag, dem 1. Mai 1999 starb Marcus Omofuma. Er wurde von drei Fremdenpolizisten begleitet, die den Auftrag hatten, ihn außer Landes zu schaffen. Dazu wurde Marcus Omofuma von ihnen mit Klebeband an den Sessel gebunden und ihm der Mund und Teile der Nase verklebt. Er erstickte noch vor der Zwischenlandung in Sofia. Marcus Omofuma wurde Opfer der rassistischen Politik Österreichs und der EU. Das einzige Vergehen, dessen sich Marcus Omofuma "schuldig" gemacht hatte war, illegalisiert in Österreich zu sein.

Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden

des Todes kam es zu spontanen Demonstrationen. In den folgenden Tagen und Monaten gab es breite Proteste von ImmigrantInnen und MehrheitsösterreicherInnen. Gefordert wurde der sofortige Rücktritt der verantwortlichen PolitikerInnen und Beamten, die Einführung von Antidiskriminierungsgesetzen, der sofortige Stopp aller Abschiebungen und die Abschaffung aller rassistischen Gesetze.

## Operation Spring

Die repressive Antwort des österreichischen Staates auf die lautstarken Proteste gegen die österreichischen Abschiebemethoden, die Polizei und den damaligen Innenminister Karl Schlögl blieb nicht aus. Am 27. Mai und 27. September 1999, jeweils kurz vor Wahlen, fanden österreichweit

Razzien statt. Beinahe 200 Menschen, größtenteils afrikanischer Herkunft, wurden mit fadenscheinigen Beweisen als DrogenhändlerInnen kriminalisiert. Unter ihnen auch einige antirassistische AktivistInnen. Die Konsequenz war, dass die öffentlichen Aktivitäten von ImmigrantInnen gegen staatlichen Rassismus schnell wieder zurückgingen. Diese Praxis wird von der offiziellen Politik, den kommerziellen Medien und weiten Teilen der Bevölkerung getragen bzw. akzeptiert. Neben der Operation Spring fanden eine Reihe weiterer rassistischer Razzien statt.

## Kein Einzelfall

Der Tod von Marcus Omofuma im Zuge einer zwangsweisen Deportation ist kein Einzelfall. Der Europarat hält in einem Bericht fest, dass in Ländern der EU seit 1998 mindestens 10 Personen im Zuge zwangsweiser Deportationen ums Leben gekommen sind. Die Folgen für deportierte Personen in den Zielländern sind hier nicht miteinbezogen. Im Bericht werden besonders jene Praktiken kritisiert, bei denen die Atemwege teilweise oder vollständig verlegt werden, aber auch Knebelungen mit Klebeband, die Verwendung von Gift- oder Reizgas, Verabreichung von Beruhigungsmitteln gegen den Willen der Betroffenen, jede Form der Fesselung außer mit Handschellen an den Handgelenken sowie das Tragen von Masken oder Kapuzen durch begleitende Beamte. Laut Bericht sind auch Übergriffe durch Exekutivbeamte keine Einzelfälle. In einem Beschluss der parlamentarischen Versammlung des Europarates wird ein grundsätzliches Verbot willkürlicher und unverhältnismäßiger Gewaltanwendung bei Abschiebungen gefordert. Zu einem Verbot von Zwangsabschiebungen konnten sich die Mitgliedstaaten nicht durchringen. Diese bauen vielmehr mit nationalstaatlich umgesetzten gesetzlichen Regelungen der europäischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik die Mauern der Festung Europa.

## Für die Freiheit von Bewegung

Alle Menschen, die sich hier aufhalten, sollen gleiche politische und soziale Rechte haben - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sozialem Status und Geschlecht. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Deportationen, rassistische Gesetze und Praxen können nicht verbessert, sondern nur verhindert und abgeschafft werden. Sie sorgen dafür, dass Menschen ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Rassismus liegt ihnen existenziell zu Grunde. Abschiebungen unmöglich zu machen, sowie Flüchtlinge und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist Teil zivilen Ungehorsams gegen institutionalisierten Rassismus und praktische Solidarität mit verfolgten Menschen.